

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierzehnlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spindhaus 6. — Telefon 720.

Anzeigenpreis: Die 8-seitige Zeile 1,50 Mk., von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach Del. Tarif, bis 3-seitige Reklaweges 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Danzig 2945. Edition: Am Spindhaus 6. — Telefon 8880.

Nr. 80

Donnerstag, den 7. April 1921

12. Jahrgang

Der Kuhhandel um Oberschlesien.

Die oberschlesische Frage im französischen Senat.

Paris, 6. April. In der heute fortgesetzten Senatsverhandlung über das Budget für auswärtige Angelegenheiten sprach Senator François Albert über Oberschlesien. Die Volksabstimmung habe sehr klare Ergebnisse gezeigt, die baldigst in die Tat umgesetzt werden müssen. Es sei zu befürchten, daß die Deutschen am 1. Mai die Frage Oberschlesiens mit der Reparationsfrage verbinden und Konzessionen verlangen würden, die einzelne vielleicht bereit seien zu gewähren. Der Redner forderte den Ministerpräsidenten Briand auf, sich nicht auf den gefährlichen Weg der Konzessionen zu begeben, denn von der Lösung hängt die Sicherheit Polens (!) und der Friede Europas ab. Senator Ribot sprach sodann von der Denkschrift des Reichsministers Dr. Simons, in der gesagt sei, Frankreich zeige sich indifferent in bezug auf den Wiederaufbau der unglücklichen französischen Provinzen. Die französischen Landwirte machen ihre Ländereien wieder urbar. Derartige Neuverhüningen fehlten nicht. Was fehle, sei die Verpflichtung Deutschlands, zu zahlen.

Paris, 6. April. Im Senat erklärte Ministerpräsident Briand, die Angelegenheit Oberschlesiens sei durch den Vertrag in so klarer Weise geregelt, daß er nicht zugeben könne, daß Zweideutigkeiten vorhanden seien. Die interalliierte Kommission habe nicht nur ein Gesamtrezustat festzustellen, sie müsse die Stimmen Kommune für Kommune in Betracht ziehen. Deutschlands Stimme werde in zwei oder drei Tagen beendet sein. Es kann keine Diskussion über den Geist und den Wortlaut des Vertrages geben. Wenn Deutschland die Reparationsfrage mit der von Oberschlesien verbinden will, so kann das vielleicht sein Ziel sein, es ist aber nicht das unsrige. Der Ministerpräsident polemisierte sodann in außerordentlich scharfer Weise gegen das deutsche Memorandum an Amerika, das er als eine Verpotzung der unglücklichen Bevölkerung der verwüsteten Gebiete bezeichnet.

Über den Geist dieser Ausführungen brauchen wir kaum noch ein Wort zu verlieren. Nach allen bisherigen Erfahrungen könnte eine solche politische Kurzsichtigkeit und willkürliche Auslegung der Bestimmungen des Vertragsertrages durch die französischen Staatsmänner eigentlich nur selbstverständlich erscheinen. Hier gilt die gleiche Kritik, die wir schon gestern an Briands Ausführungen über das Reparationsproblem geübt haben. Besonders kennzeichnend für das schlechte Gewissen der leitenden Kreise Frankreichs ist ihr Unmut über den deutsch-amerikanischen Notenwechsel. Wir müssen eben damit rechnen, daß der Wiederaufbau der Welt nur über einen katastrophalen französischen Bankerott möglich ist und es kann uns nichts an einer Verzögerung dieses Bankerotts liegen. Die schlechten Erfahrungen, die die Weltwirtschaft bereits mit der Zuweisung ehemaliger deutscher Gebietsteile an Polen und mit der Errichtung des Danziger Freistaatzerlasses zu machen beginnt, müßten sich nach einer Aufteilung Oberschlesiens nach den französischen Wünschen so verstärken, daß die immer dringender werdende weltpolitische Umgestaltung dadurch nur beschleunigt werden könnte.

Paris, 6. April. General Le Rond, der Vorsitzende der interalliierten Volksabstimmungskommission in Oberschlesien, wird nach dem „Petit Parisien“ heute in Paris eintreffen. Erst nachdem General Le Rond nach Oberschlesien zurückgekehrt sein wird, werden Erörterungen über die Grenzfestlegung beginnen.

Fortdauer der Abschürfung Oberschlesiens vom deutschen Reiche.

Döppeln, 6. April. Die von der interalliierten Kommission für die Abstimmungsperiode erlassenen einschränkenden Bestimmungen über die Einreise nach Oberschlesien sind noch immer nicht aufgehoben worden. Trotzdem mehrere Wochen seit dem Abstimmungstermin vergangen sind und der Rücktransport der Abstimmungsberechtigten aus dem Reiche beendet ist, wird die Abschürfung Oberschlesiens vom übrigen Deutschland zum Schaden der Bevölkerung und unter Preisgabe schwerwiegender wirtschaftlicher Interessen aufrecht erhalten. Jeder, der nach Oberschlesien zu reisen wünscht, muß auch jetzt noch ein Besuch an die interalliierte Kommission in Döppeln richten. Erst nach Erteilung der Einreisegenehmigung, die erfahrungsgemäß auch auf telegraphische Befehle erst nach mehreren Tagen erfolgt, kann der Sichtvermerk bei der für den Antragsteller zuständigen französischen Polizeibehörde eingeholt werden.

Die Drangsalierung der deutschen Presse in Oberschlesien.

Beuthen, 6. April. Der Verband der oberschlesischen Presse hat an den Präsidenten der interalliierten Regierungskommission General Le Rond in Oppeln nachstehendes Protestschreiben gerichtet: Am 5. April hat das Sondergericht der interalliierten Kommission gegen vier deutsche Redakteure oberschlesischer Zeitungen ein Urteil gefällt, gegen das wir wegen seiner Schärfe Protest einlegen, um so mehr, als alle Verurteilten, wie auch der Gang der Verhandlungen ergab, bei der Veröffentlichung der Nachricht über die Schließung der Warschauer Börse in gutem Glauben gehandelt hatten. Diese falsche Meldung hatte noch dem dauernden Fallen der polnischen Wirtschaft ohne Zweifel viel Wahrscheinlichkeit für sich. Indem wir gegen die Verurteilung unserer Kollegen Einspruch erheben, bitten wir Sie, Herr Präsident, das interalliierte Sondergericht zur Annahme eines Revisionsverfahrens vorzulassen zu wollen, um der Presse die ihr notwendige Freiheit zu gewährleisten. Wir gestatten uns, darauf hinzuweisen, daß die interalliierte Kommission bisher lediglich deutsche Pressevertreter wegen einer falschen Meldung zur Rechenschaft gezogen und verurteilt hat, obwohl in der polnischen Presse durch zahlreiche Lügenmeldungen die deutsche Bevölkerung in dauernde Erregung versetzt worden ist. Beweise hierfür kann der Verband der interalliierten Kommission in Menge überreichen.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie in Preußen.

Berlin, 7. April. Die gestrigen Fraktionsbesprechungen über die Regierungsbildung in Preußen haben zu einem Ergebnis geführt. Sowohl die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ als auch die „Vossische Zeitung“ halten es für wahrscheinlich, daß man einen Ausweg aus der Verlegenheit in der Bildung eines Geschäftsministeriums als Übergangskabinett suchen werde. Nach der „Vossischen Zeitung“ werde das Zentrum den Minister Stegerwald als Ministerpräsident präsentieren, denn es kann überlassen werden, die einzelnen Ministerposten zu besetzen. Sämtliche Parteien, ausgenommen die Deutschnationalen und die Linkenradikalen hätten sich bereits damit einverstanden erklärt, dem vom Zentrum nominierten Kandidaten für das Ministerpräsidium ihre Stimme zu geben.

Daß die Sozialdemokratie diese künstlich geschaffene Verlegenheit als unvermeidlich anerkennen wird, erkennt uns reichlich zweifelhaft. Wir vermögen weder die Notwendigkeit eines Übergangskabinetts einzusehen, noch können wir die durch seine Bildung hervorgerufene fortgesetzte politische Unsicherheit in Preußen billigen. Bei der künftigen endgültigen Regierungsbildung würde die Lage genau die gleiche sein wie heute, und das angeregte Geschäftskabinett könnte wohl nur als Steigbügelschalter eines von der Sozialdemokratie schaff befähigten und dadurch kaum lebensfähigen Bürgerblockministeriums dienen. Wir wollen zunächst die Entscheidung abwarten, die ja noch in dieser Woche fallen soll. (D. Red.)

Verschärfung der Streiklage in England.

London, 4. April (Havas). Die Versammlung der Delegierten des Transportarbeiterverbandes beschloß einstimmig, die Bergarbeiter zu unterstützen und sich sofort mit den Eisenbahnen und Bergarbeitern zwecks gemeinsamen Vorgehens in Verbindung zu setzen.

London, 6. April. (Reuter.) Heute abend erklärte Lloyd George im Unterhause: Er habe soeben erfahren, daß der ausführende Ausschuß der Bergleute abgelehnt habe, die heute an den Pumpen anzutreffen, während der Verhandlungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Premierminister folgte hinzzu, Verhandlungen seien unmöglich, bevor nicht dieses Hindernis überwunden sei. Das Unterhaus nahm darauf die Notstandsverordnungen in Verbindung mit dem Bergarbeiterauftand mit 270 gegen 60 Stimmen an. Auch das Oberhaus hat die Notstandsverordnungen angenommen.

London, 6. April. (Reuter.) Die Führer der Bergarbeiter sind ungehalten über die Rede Lloyd Georges. Arbeiterführer Hartshorn sagte, der Premierminister habe die Tür für jede Einigungsmöglichkeit zugeschlagen, und es gebe keine Verhandlungen zwischen den Bergarbeiterverbänden und den Bergwerksbesitzern auf der vom Premierminister skizzierten Basis. Das Kohlenschiffungsgeschäft wird wahrscheinlich am 6. April geschlossen werden. Die Geschäfte haben aufgehört.

Siegt die Vernunft?

Gedanken zur gewerkschaftlichen Ausklärungsarbeit.

Der Aufruhr liegt hinter uns. Er ist niedergeschlagen. Bieder ist Bürgerblut gestopft. Arbeiter haben ihr Leben lassen müssen, sicher oft unschuldige, verheizte, unwissende Menschen, während die Führer und Heher, die den Brand angezündet haben, sich rechtzeitig in Sicherheit brachten. Die Schuld aber bleibt ihnen. Plötzlich haben die Kommunisten diesen Putsch vorbereitet und dann den Verbrechern und dem argsten Feind das Feld überlassen. Denn das war keine Revolution. Mit erfreulicher Deutlichkeit haben die Mehrheitssozialisten gemeinsam mit den Unabhängigen und den Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht, daß sie mit diesem Treiben nichts zu tun haben. Die Ernüchterung wird folgen; immer mehr und stärker, bis endlich linkenradikale Arbeiterrichtungen einschreien werden, wohin ein solcher Wahnsinn führen muß.

Aber damit ist es nicht getan. Die Arbeiterschaft hat sich für die Zukunft dagegen zu schützen. Wohl hat sich gezeigt, daß solche Bewegungen immer geringer in ihren Auswirkungen werden, sie brechen immer schneller in sich zusammen, weil die tatsächlichen Voraussetzungen nicht vorhanden sind, und diese durch den ausgeprägt vorhandenen verbrecherischen Willen nicht erfüllt werden können. Es gelingt nicht mehr, selbst wenn von Moskau das Diktat folgt, die deutsche Wirtschaft und die deutsche Republik niederzuschlagen.

Aber die Lektion war für die deutsche Arbeiterschaft doch schmerhaft genug, um darüber nachzudenken, wie vergleichbare Dinge für die Zukunft verhindert werden können. Nur durch intensive Ausklärung ist es möglich, die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit vor weiteren Erlebnissen dieser Art zu bewahren. Die Köpfe müssen in Wahrheit revolutioniert werden. Nicht die Revolution durch Zerstörung mit Dynamit bringt uns vorwärts, sondern die geistige Revolution; das Erkennen der neuen Tatsachen, wie sie geworden sind.

Diese Aufgabe im Dienste wird vor allen Dingen eine wirtschaftliche Erziehungsaufgabe sein. Die Gewerkschaften werden alle Kräfte zu regen haben. Es wird darauf ankommen, daß wir unsere wirtschaftliche Ummöhlung so verstehen, wie sie geworden ist, nicht wie sie die Fanatiker aus Moskau sich wünschen.

Haben die Gewerkschaften hier alles getan, was notwendig war? Es ist dringend an der Zeit, das nachzuprüfen. Die Gewerkschaften müssen viel mehr aus ihrer Verteidigungsstellung heraus und müssen zum Angriff übergehen.

Ein gewisses Ruhebedürfnis, ein gewisser Überdruss und Ekel ist vorhanden, sich in jeder Versammlung mit den kommunistischen Schreien und Phrasendreschern auseinanderzusehen. Dieses Gefühl ist sicher verständlich und erklärlich. Denn auf die Dauer verliert der ruhige Mensch die Geduld, immer und immer wieder auf denselben Unsinn antworten zu müssen und sich den gemeinsten persönlichen Beleidigungen auszuliefern. Aber das hilft nichts! Wir müssen über diesen Zustand hinweg. Das sind die letzten Perioden einer Fieberkrankheit, und die Arbeiterschaft kann nur dann innerlich gesunden, wenn wir die Ausdauer nicht verlieren. Die Zeit arbeitet für uns, und unermüdlich sind die harten wirtschaftlichen Tatsachen in die Köpfe zu hämmern. Es ist gerade jetzt bitter notwendig, daß innerhalb der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften planmäßig die wirtschaftliche Ausklärungsarbeit durchgeführt wird. So sicher wie manche andere wirtschaftliche Arbeit dadurch leiden muß: wenn wir die innere Umstellung des Menschen nicht vornehmen, kommen wir nicht vorwärts!

In jedem Gewerkschaftskartell und in jeder Ortsverwaltung hat man sich die Frage vorzulegen, wie man mit den vorhandenen rednerischen Kräften durch die Veranstaltungen der Referentenabende, durch Bildungskurse bis zu den letzten unserer Gewerkschaftsmitglieder mit der Erkenntnis sich durchsetzt, daß die politische Revolution sich unterscheidet von der wirtschaftlichen Revolution. Politisch ist es möglich, die alten Machtverhältnisse in viel kürzerer Zeit umzuändern, als in der Wirtschaft. Die Wirtschaft hat ihre eigenen Gesetze, und bis in die letzten Poren der Wirtschaft haben wir einzudringen, um hier die Dinge meistern zu können. Immer noch ist in breiten Kreisen der Arbeiterschaft viel zu wenig begriffen worden, daß wir hier vollständig umlernen müssen, daß wir hier mit all unseren Kenntnissen der Vorkriegszeit nicht mehr auskommen. Der Weltkrieg, jenes gewaltige Elementarereignis, von keinem Menschen geistig bisher vollständig erfaßt, hat die alte Wirtschaft der Vorkriegszeit total verändert. Neue Zusammenhänge haben sich gebildet, und ehe die Arbeiter diese neu auftauchenden Fragen nicht begriffen haben, werden sie niemals ihre eigene Zukunft selbst gestalten können.

Das ist das Furchtbarste in der jetzigen Situation, daß wir in der Arbeiterbewegung unsere besten Kräfte aufzu-

Danziger Nachrichten.

Die hältlosen Verleumdungen des Betriebsarbeiterrates der Werft.

Nach mehrmaligen Festnagelungen der Verwaltungspräfikten des Kommunistischen Rates im Volkstage, glaubte dieser die gegen ihn erhobenen schweren Beschuldigungen dadurch patieren zu können, daß er in der niedrigsten Weise gegen den Betriebsarbeiterrat vom Fuder zog. Auch das kommunistische Leibblatt gab sich die ebensoleiche Nähe seiner Leute von den kapitalistischen Ruhmestatern kaum abzulösen. Es griff daher erst noch vor wenigen Tagen zu der ausführlichen Veröffentlichtung der Ruhmestatler gegen den Betriebsarbeiterrat. Wenn auch der Arbeiterschaft die Hinwendung dieses kommunistischen Veröffentlichungsschalters zur bestreitenen Ehrenrettung des geschäftsfähigen Führers durchaus klar liegt, offenbare eine nur sehr stattgefundenen Gerichtsverhandlung die ganze Kläglichkeit dieser Ablenkungsmanöver.

Der Maschinen-Arbeiter Konradski hatte an Professor Noé einen von Verleumdungen und schweren Diebstahl beschuldigungen prüfenden Brief über das schwere Betriebsarbeiterratmitglied, jungen Hofsmitarbeiter Paul Schmidt, von der Danziger Werft geschrieben. Auf die Beschuldigungen hin, ließ die Werft die Bestände an Material und Inventar, welche dem Holzmeister unterstehen, auf das genau prüfen und wurde dabei alles in besserer Ordnung gefunden. Die Werft übergab den Brief nunmehr an Schmidt. Er erhob darauf Klage gegen R. Zu dem am 8. April stattgefundenen Termin vor dem Schöffengericht hatte R. einen großen Zungenapparat, darunter auch Kriminalpolizeileute, zur Belastung des Schmidt zusammengezahlt. Alle Zeugen des R. konnten jedoch nicht das geringste gegen Sch. vorbringen. Als Haftbelastungs- und Anzeugeur hatte sich R. den Betriebsarbeiter und Kommunistenfachter Wilhelm Lischewski laden lassen. Dieser Zeuge bestand, daß er sich stets in der Opposition gegen den Betriebsarbeiterrat befunden habe. Er wäre als Vertrauensmann mit vielen Arbeiten durch den Betriebsarbeiterrat beauftragt worden, könne aber den Holzmeister Schmidt weder jetzt noch als schwaches Betriebsarbeiterratmitglied seiner unehrenlichen Handlung beschuldigen. Dieses Urteil auch auf den gesamten Betriebsarbeiterrat zu.

Das Gericht verhängte über R. unter Berücksichtigung aller durch den Arien verhängten Umstände eine Strafe von 40 Mark oder vier Tagen Gefängnis.

Viel wertvoller als die gerichtliche Feststellung der vollkommenen Unschuld der verleumdeten Angreife sind die Ausliegen des Kommunisten Lischewski. Besser als durch dessen Belübung kann wohl die Hohlheit des kommunistischen Verleumdungsschalters gegen den Betriebsarbeiterrat nicht erkannt werden. Wir zweifeln zwar nicht, daß sich die führenden Kommunisten, nachdem ihnen dieses „Material“ durch ihren eigenen Verteilern so grausam widerlegt worden ist, nach neuen Möglichkeiten zu irgend einer heftigen oder Verleumdung umsehen werden. Sie haben es nach den verschiedenen kommunistischen Erklärungen der letzten Zeit (Spiessludger — Polnische Werksverwertung u. a.) wahrscheinlich wohlbekannt, daß die Täterschaft mit auch vor allem ihre Anhänger von diesen Vorfommunisten nach Möglichkeit abschließen. Doch Rotberren werden selbst in dieser Hinsicht für die Kommunisten nicht mehr zu holen sein.

Die Hafenarbeiter und das Löschchen der Munition.

Die vorsunehmende Löschung des aus London mit Munition für Polen hier eingetroffenen englischen Dampfers „Brambleton“ gab den Hafenarbeitern Veranlassung, erneut ihre alten berechtigten Forderungen auf Sicherheiten bei etwaigen Unglücksfällen aufzunehmen. Die Hafenarbeiter weigerten sich, die Verladung der Munition vorzunehmen, bevor ihnen nicht bestimmte Sicherungen gewährleistet würden. Durch Verhandlungen des Deutschen und des Christlichen Transportarbeiter-Verbandes mit der polnischen Transportgesellschaft kam zunächst eine vorläufige Einigung dahin, daß die Entlohnung der Hafenarbeiter für Munitionsentladungen bei einer sechsstündigen Schicht auf 95 Mark festgesetzt wurde. Da einer laufenden Lebensversicherung der nur stets vorübergehend mit Munitionsladungen beschäftigten Hafenarbeiter versicherungstechnische Schwierigkeiten entgegenstehen, wurde von den Arbeitervertretern eine einmalige Unterstüzungsumme bei 900. Unglücksfällen in Betracht gebracht. Darüber konnte jedoch eine Einigung nicht erzielt werden und sollen dieser Tage deswegen neue Verhandlungen stattfinden. Die Hafen-

Danziger Stadttheater.

Tanzspiel der Schwestern Elsa, Bertha und Martha Wiesenthal.

Vor mehr als fünfzehn Jahren tanzten die tanzenden Geschwister Wiesenthal zuerst in den Städten Deutschlands auf und eroberten sich die Herzen aller Jünger im Fluge. Mit Elsa und Bertha war damals noch Greta vereint, die Wiesenthal, die sich inzwischen von ihren Schwestern getrennt hat, um ihre individuelle Kunst allein wirken zu lassen. Die beiden zurückgebliebenen Schwestern haben die Tradition fortgesetzt und neuverdacht ihr Tanztheater durch ihre jüngste Schwestern Martha ergänzt. Ist auch inzwischen bei Elsa und Bertha der Blütenstaub der einstmaligen Jugendzartheit abgescheit, so ist an seine Stelle eine sommerliche Reise getreten, die fast noch bezaubernd wirkt.

Die Darbietungen der Schwestern Wiesenthal sind Tanz, ja in reinsten, vollkommensten, ursprünglichsten Sinne. Von der Wiener Ballettschule ausgegangen, haben sie sich die ganze Kultur, schwedende Leichtigkeit und Leidenschaft dieses Tanzes bewahrt, dabei aber alle Tassen „außer“ von sich geworfen. Die Erden schweren, die ihre „eigene“ Tanz „außer“ noch in einigen Spuren am „eigenen“ Körper haben, haben bei den fließenden Bewegungen, mit denen Elsa und Bertha den Walzer aus Gounods „Faust“ verlebendigten und durchzogenen. Ihren Haupttriumph feierte die Kunst der drei Schwestern bei einigen Straßlischen Walzern, die sie mit einer wunderlichen Leichtigkeit und leidenschaftlichen Deutung erfüllten, und in denen sie das aus nativem Frohsinn, Schwärmerie und leiser Melancholie gemischte Wiener Gemüt aufzumuntern und zur Geltung brachten. Da war alles schlichte Naivität und federnde Grazie ohne jede expressionistische Schmälichkeit und hob sich dadurch um so bestechender von dem gefürchteten Massenmoment des den Tanzdarbietungen vorangegangenen Opernmaesters „Suzannens Geheimnis“ ab.

Arbeiter haben auf Grund der ersten Vereinbarung bereits heute früh mit der Löschung des Munitionsdampfers begonnen.

Schwer geahndete Hohler mit Nachwurzel.

In Danzig wurden bekanntlich vor einigen Monaten Brocken in einem Umfang unrechtmäßig in den Verkehr gebracht, daß dadurch die Versorgung der Bevölkerung erheblich ins Stocken geriet. Dieser Brockenstreit wurde darum offen betrieben, daß z. B. ein Bäckermeister bei einer Befragung erklärte, er könne so viel Brocken erhalten, als er wolle. Einen Teil dieser Brockenquellen aufzudecken gelang jedoch erst, als der Magistrat für die Entdeckung Prämien aussetzte. Und zwar gelang es eine Quelle des unrechtmäßigen Kartenthebels in der Druckerei von Bäcker aufzudecken. Hier wurden im Auftrag des Magistrats die Hauptmarkenbogen gedruckt. Es wurden mehr Bogen gedruckt, als in Auftrag gegeben waren und diese wurden verkauft. Als Eiter wurde ein Bäckermeister festgestellt, dem es jedoch gelang, ins Ausland zu entkommen. Nur zwei Hohler konnten gestellt vor die Strafammer auf die Haftlogebank gebracht werden. Es sind dies der Handlungsbürokrat Franz Kalina und dessen Vater Peter Kalina in Danzig, der ein Kolonialwarengeschäft in der Mausgasse besitzt, während der Sohn ein Freigangsgeschäft vertritt. Franz Kalina kaufte etwa im Oktober 1920 von Krause Hauptmarkenbogen zum Preise von 35 Mark das Stück. Er trug dann Namen in eine Kundenliste ein, tauschte Brotmarken um und betrieb den Broterverkauf. Beim Broterkauf will er den Höchstpreis ohne gehalten haben. Er gibt zu 180 Hauptmarkenbogen gekauft zu haben. Ende Januar wurde die Sache entdeckt. Der Vater Peter Kalina hat einen Hauptmarkenbogen einem anderen Kaufmann zum Kauf an, doch wurde der Ankauf abgelehnt. Die Angeklagten sind gefährlich. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß durch diese Brotartenbeschleierung die Ernährung der ganzen Bevölkerung der Stadt in Frage gestellt wurde. Es handelt sich um eine gewinngünstige Tat, die streng bestraft werden müsse. Es liegt gewerbsmäßige Hohler und Schleichhandel bei beiden Angeklagten und Broterverkauf ohne Marken bei Franz Kalina vor. Er beantragte gegen jeden der Angeklagten 2 Jahre im Monatshaus und gegen Franz Kalina außerdem 1000 Mark Geldstrafe. Ein Verteidiger wies darauf hin, daß die Kontrolle hier eine ungünstige war. Der Verteidiger des Vaters legte dar, daß bei ihm nur ein Versuch vorliege, der nicht strafbar sei. Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Der Buchdrucker Strauß hat die Bogen gedruckt und zwar in der Buchdruckerei von Bäcker. Letzterer gehörte die gedruckten Bogen. Ihnen sind sie von Krause gestohlen worden. Wenn Franz R. diese Bogen kaufte, dann machte er sich der Hohlerlei schuldig. Er hat sich auch ferner des Schleichhandels schuldig gemacht, gegen die Brotmarkenverordnung verstoßen und Brot ohne Marken verkauft. Es ist aber nicht festgestellt, daß der Angeklagte aus dem Geschäft eine dauernde Erwerbsquelle machen wollte, also gewerbsmäßig handelte. Peter Kalina hat versucht eine gestohlene Sache zu verkaufen. Der Versuch einer Hohlerlei ist aber nicht strafbar. Es liegt aber Ungenügung vor. Peter wollte seinem Sohne die Vorteile der Tat schenken. Bei der Strafumstetzung muß die Gemeinschaftlichkeit der Handlung berücksichtigt werden. Franz Kalina wurde zu 11 Jahren Gefängnis. Verfehlung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 2 Jahren, Zulässigkeit der Polizeiauflauf und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Peter Kalina erhält wegen Begünstigung 3 Monate Gefängnis.

Ein „guter“ Erfolg seiner Fertigung. Der Fleischermeister Hallmann in Emau war vom Schöffengericht wegen Höchstpreisüberschreitung beim Verkauf von Schweinefleisch zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Er legte gegen dieses Urteil Berufung ein und der Anwalt tat das gleiche. Die Sache kam nochmals vor der Strafammer zur Verhandlung und nahm einen für den Angeklagten gewiß unerwarteten Verlauf. Der Staatsanwalt beantragte nämlich die Erhöhung der Strafe auf 20 000 Mark. Das Gericht erkannte auf 10 000 Mark Geldstrafe.

Warenhausbüchstabe durch Verkäuferinnen. 13 Verkäuferinnen aus einem Danziger Warenhaus standen vor dem Schöffengericht unter der Anklage in ihrem Geschäft fortgesetzte kleinere Diebstähle begangen zu haben. Dem Warenhaus wurde das schließlich zu viel und es machte Anzeige. 8 Verkäuferinnen wurden zu Gefängnis von einem Tage bis zu 8 Wochen verurteilt. 5 Angeklagte wurden freigesprochen.

Abgelehnte Löschung Königsberger Schiffe. Wie bereits mitgeteilt, bejünden sich die Hafenarbeiter Königsbergs im wirtschaftlichen Streit. Die Reeder haben nun in einigen Fällen versucht, auf See beständige für Königsberg bestimmte Schiffe nach Danzig zu dirigieren, um sie hier ent-

Bewundernswert ist zudem die tänzerische Phantasie von Elsa Wiesenthal, die zu Melodien aus der unsterblichen, immer wieder mitteilenden „Niedermaus“ eine Tanzdichtung von so entzückender Einbildungskraft schuf, daß mir wenigstens die Vorstellung dieser Operettentumtfwerk künftig immer mit dem Bilde der Schwestern Wiesenthal verbunden bleiben wird, nicht zum wenigsten mit der ehemals beschwingten Dominofigur der knabenhaft schlanken Elsa, die jetzt in dem Tanzzeit dominiert.

Mit viel Geschmac und Stilempfinden hatte Elsa Gatte, der Maler Rudolf Huber, die Gewänder der Tänzerinnen entworfen.

Vortragsabend des Musikkomponisten Otto Röhr.

Der in Danzig bereits mehrfach aufgetretene, bekannte deutsche Klavierhumorist Otto Röhr unterhielt gestern abend eine, die kleinen Säle des Friedrich-Wilhelm-Schlosshauses zahlreich füllende Zuhörerschare mit seinen heiteren Darbietungen. Wahre brachte humoristische Niedervorträge, lustige Komplett-Schelmische Scherze und musikalische Parodien fast ausschließlich komplett aus eigener Werkstatt. Davor fanden die Leute unter ihnen eine Gließe auf die klassische Oper, sowie ein satirisches Melodienbild vieler anderen Operettentümern, befreudigen Anfang. Der Vortragende wirkte besonders durch die oft derb-dramatische Komik seiner Vorträge, die er durch eine scherhaft-humoristische Minim noch zu steigern versucht. Immerhin weist er dennoch durch eine gewisse Dreckheit die Grenze des Tolerierens durchaus zu wahren. Auch in der Kürzunghis seiner Vorträge hielt er sich in einem passablen Rahmen und verzichtete auf exzessiven wie auf die sonst des öfteren zu verzeichnende Peitschenspekulation durch „zweigemachte“ politische und patriotische Stimmungsvorträge. Zwei Vorträge, die sich Höhe auf diesem Gebiete leistete, kreisten zwar hart diese Grenze, doch niedrige Wendungen und hielt sich im allgemeinen Rahmen. Jeder Vortrag wurde vom Publikum lebhaft applaudiert, so daß sich das Gesamtresultat des Abends in einem außerordentlich starken Beifallserfolg summieren läßt.

lassen zu lassen und die Güter mittels der Eisenbahn nach Königsberg zu deportieren. Es sind sogar einige Schlepper zur nächsten Stunde aus dem Königsberger Hafen geschleppt worden, um sie ebenfalls nach Danzig zur Entladung zu bringen. Die Danziger Hafenarbeiter haben jedoch aus Solidarität mit ihren Königsberger Kollegen strikte Absehung, diese Schiffe zu lösen. Wie wir hören, soll nun versucht werden, die Schiffe in Villen lösen zu lassen.

Verteidigung der Hafenarbeiter. Der am 15. Mai ablaufende Tarifvertrag für Hafenarbeiter ist auf Beschluss der organisierten Hafenarbeiter gefündigt worden.

Geistige religiöse Gemeinde. Sonntag, den 17. April, 10 Uhr vorwärts. Vuggenfuhl 16. Erbauungskonferenz. Thema: Religiöse und revolutionäre Arten im Reichstum.

Einen dreitags Einbruchswahl verübte der aus Polen vor zwei Tagen hingewanderte Arbeiter Jan Zielinski auf Blasewitz. Er drang gestern gegen 11 Uhr vormittags in die verhöhlte Wohnung des Frau Romualdziek, Fleischergasse 60 b, 3 Ar., ein und stahl Kleidung, Kleider, Bettbezüge, bares Geld im Gesamtwert von 5000 Mark, packte diese Sachen in einen Sack und war gerade im Begriff sich damit zu entfernen, als Frau R. das kam. Er griff nach Hinterlassung seiner Beute die Flucht. Von der Polizei waren unter Hintersuchen verfolgt, gelang es, den Zielinski, der auf den Boden der Sauerischen Fabrik geflüchtet war, festzunehmen.

Polizeibericht vom 7. April 1921. Verhältnis: 20 Personen, darunter 1 wegen Einbruchsbeträffte, 2 wegen Verdacht des Diebstahls, 1 wegen Straftäterschafts, 2 wegen Betrugs, 15 in Polizeihalt. — Obdachlos: 1 Person.

Die Fuhrmeile gesperrt wird die im Weggeuge R. Waldorf-Danziger Vorort aber die Rostitz führende Brücke. Die Sperrung wird circa drei Wochen dauern und beginnt am 11. April.

Oliva. Von Freitag, den 8. d. M. ab, kommen zur Verkostung: 500 Gramm Zuckerladen auf Mark 26 der Lebensmittelkarten zum Preise von 1,80 Mark pro Pfund in sämtlichen Geschäften. 500 Gramm Erbsen zum verbilligten Preise von 1,80 Mark pro Pfund auf Mark 27 der Lebensmittelkarten in sämtlichen Geschäften. 250 Gramm Zucker auf Mark 20 der grünen Rahmenmittelkarten zum Preise von 1,80 Mark pro Pfund im Blappel, Hopfeler Straße Nr. 70 und Mowat, Budolinerstraße 6. 250 Gramm Ortspe zum Preise von 95 Pf. pro Pfund auf Mark 1 der neuen grünen Rahmenmittelkarten und Mark 16 der gelben Rahmenmittelkarten in nächstehend aufgeführten Geschäften: Böhmen, Fiere, Groß, Franz, Irondt, Ballmann, Pawlowski und Kunkel. Wer die ihm zustehenden Waren bis Montag, den 10. d. M., abends 8 Uhr nicht abgeholt hat, verliert das Recht darauf.

Markenreiter Jüde auch im Landgebiet. Die Landratsämter der Kreise Danziger Höhe und Niederung weisen auf die Bekanntmachung des Wirtschaftsministers über den freien Verkauf des Zusatzzuckers besonders hin. Nach dieser Bekanntmachung wird der bisher auf die Zulässigkeits der Zuckerarten erhältliche Zucker in den Kolonialwarengeschäften ohne Abgabe von Marken in jeder Menge verabfolgt, damit die Haushaltungen Gelegenheit haben, sich hinreichend mit Zucker zu versorgen. Der Preis für den freigegebenen Zusatzzucker beträgt nach wie vor 5,50 Mark für das Pfund ohne Zute. Der auf die Zuckerarten zum Preise von 1,50 Mark für das Pfund inkl. Zute erhältliche Zucker wird zu diesem Preis auch weiter auf die Marken der Zuckerarten geliefert. Die Zusatzzuckerkarte der Zuckerarten darf jedoch mit Zucker zum Preise von 2,50 Mark pro Pfund nicht beliefert werden.

Aus dem deutschen Osten.

Die Grenzentscheidungen für den Kreis Rosenberg.

Rosenberg, 5. April. Vor Eintreten in die Tagesordnung der gestrigen Kreistagsitzung gab der kommissarische Landrat Dr. Friedensburg zunächst Aufführung über das Ergebnis der Verhandlungen über die Regulierung der deutsch-polnischen Grenze, soweit sie unser Kreis betrifft. Danach bleibt die ursprüngliche Grenze im großen bestehen, nur an einzelnen Stellen sind einige Änderungen eingetreten. Die südlichen Teile, etwa 176 Hektar des Karraschsees u. des Traupelersees fallen an Polen, während das dazwischen liegende 135 Hektar große Gut Bonin an Deutschland zurückgekommen ist. Die heizunehmende deutsche Stadt Bischofswerder und die beiden Dörfer Stangenwalde und Konradswalde sind deutsch geblieben. In Konradswalde sind 5 Besitzer mit 116 Hektar zu Polen gekommen, weil sie gemeinschaftlich mit dem benachbarten polnischen Osłowno verbunden sind, dafür ist wieder Al. Thiemau mit 39 Hektar deutsch geworden. Von Niedereichen sind zwei Besitzer mit 32 Hektar und in Sadowien ein Besitzer Lehner mit 5 Hektar wieder zu uns zurückgekommen. Der Kreis hat 206 Hektar abgegeben und dafür 239 Hektar erhalten. Die Übergabe soll am 30. April erfolgen. Anschließend entbrannte ein heiter Kampf um die Wiederbesetzung des Landratsamtspostens. Die Regierung will angesichts der vorangegangenen Vorkommisse und im Interesse des Kreises den Posten möglichst rasch endgültig besetzen, zumal schon früher versprochen worden ist, daß der neue Kreistag sich baldigst zu der Frage äußern soll. Die vereinigten Vertreter des Landblocks, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, gaben eine schriftliche Erklärung ab, wonach sie eine Zusammischaltung der Wahl auf mindestens 5 Jahr forderten, und stellten den Antrag auf Vertragung. Sämtliche übrigen Vertreter waren aber gegen die Vertragung. Bei der Abstimmung über den Antrag lauteten 13 Stimmen für Vertragung und 11 Stimmen (Demokraten, Zentrum, Sozialdemokraten und Polen) enthielten die Aufforderung: Wahl Dr. Friedensburg. Eingehend wurde dann noch über die Beschäftigung der Arbeitslosen gesprochen.

Standesamt vom 7. April 1921.

Zugehörige: Frau Laura Bultomski, geb. Wold, 75 J. 2 M. — Witwe Anna Rohde geb. Peters, 75 J. 7 M. — Agent Paul Röbel, 56 J. 6 M. — Witwe Laura Marts geb. Grönig, 70 J. 6 M. — Witwe Maria Weichert geb. Bohn, 71 J. 8 M. — Arbeiter August Stum, 18 J. — Schlosser Emil Oskar Goh, 49 J. 4 M. — Unehelich: 1 Sohn, 1 Tochter.

BORG CIGARETTEN
für Qualitäts-Raucher

